

«Bundesrat geht unnötige Risiken ein»

Wie weiter mit dem Rahmenabkommen? Ständerat Beni Würth aus Rapperswil-Jona analysiert die für die Wirtschaft wegweisende Situation.

mit Beni Würth
sprach Fabio Wyss

Das Rahmenabkommen mit der EU ist am Boden. Der Bundesrat hat am Mittwoch die Gespräche abgebrochen. Mitte-Ständerat Beni Würth aus Rapperswil-Jona versuchte noch, mit einem Vorschlag die Verhandlungen zu retten. Doch der Einsatz des ehemals obersten Vertreters der Kantone nützte nichts. Der gemäss NZZ «profunde Kenner» des Dossiers erklärt, was das Aus bedeutet.

Beni Würth, das institutionelle Rahmenabkommen ist seit Mittwoch Geschichte. Wie überrascht sind Sie?
BENI WÜRTH: Der Entscheid hat sich abgezeichnet, aber er ist trotzdem erstaunlich. Die Aussenpolitische Kommission des Ständerats hat die Option Abbruch mit 10:2 Stimmen abgelehnt, die Kommission im Nationalrat sowie so, aber auch die Kantone. Die innenpolitische Abstützung dieses neuen europapolitischen Wegs des Bundesrats ist somit beschränkt.

Was hat das direkt für Konsequenzen?
Es zeichnet sich nun eine längere Hängepartie im Verhältnis der Schweiz zur EU ab. Das schafft Unsicherheit für den Wirtschafts- und Forschungsstandort – was bedauerlich ist. Kurzfristig dürfte die Forschungszusammenarbeit eingeschränkt sein. Vielleicht lässt sich dieses Dossier noch retten, indem das Parlament die Mittel für den Kohäsionsbeitrag frei gibt.

Die EU hat angekündigt, bestehende Verträge mit der Schweiz nicht mehr zu aktualisieren, wenn der Rahmenvertrag scheitert.
Ja, die bilateralen Verträge erodieren. Neue Verträge sind ohnehin nicht möglich.

Trifft das St.Gallen als Grenzkan-ton und Rapperswil-Jona als Standort von internationalen Firmen wie Geberit oder Weidmann besonders hart?
Es geht hier insbesondere um das Abkommen über die technischen Handelshemmnisse. Als Industriekanton trifft uns die fehlende gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen, aktuell in der Medizintechnik-Branche. In der Schweiz geprüfte Produkte könnten nicht mehr so einfach in die EU exportiert werden. Der Vertriebskanal wird komplexer. Grosse Unternehmen können das über ihre Tochterunternehmen einfacher auf-fangen. Leidtragende sind insbeson-



Der Abbruch der Verhandlungen habe sich abgezeichnet: Das sagt ein etwas erstaunter Ständerat Beni Würth.

Bild Keystone

dere exportorientierte KMU. Zusätzli-che Handelshemmnisse verteuern den Standort Schweiz.

Sie wollten einen Abbruch der Verhandlungen um jeden Preis verhindern. Was war Ihr Plan B?
Eine Verständigung mit der EU über eine Sistierung und gleichzeitig einen Modus Vivendi für die nächsten Jahre etablieren. In dieser Zeit hätten schrittweise bestehende Differenzen abgebaut werden können, zum Beispiel die Zahlung des Kohäsionsbeitrags. Zudem hätte sich seitens EU der Prozess mit den Briten eingespielt. Die Parallelität des Brexit-Prozesses war für uns in den letzten Jahren ein grosses Problem in den Verhandlungen.

«Die offenen Differenzen von heute kommen morgen wieder auf den Tisch.»

Das hätte der EU aber nicht ge-reicht...
Das wissen wir nicht, weil der politi-sche Wille beim Bundesrat für solche Alternativen nicht vorhanden war. Sicher ist: Solange die EU verhandlungsbereit ist und die Schweiz einseitig ab-bricht, wird das als destruktiv empfunden. Wenn wir den bilateralen Weg si-chern wollen, braucht es demgegen-über konstruktive Ansätze. Es wird sich nun weisen, wann und unter wel-chen Bedingungen die Schweiz wieder einen Gesprächsprozess in Gang set-zen kann. Für Verhandlungen braucht es immer zwei.

Die grossen Knoten im Rahmenab-kommen lagen beim Lohnschutz, der Unionsbürgerrichtlinie und den staatlichen Beihilfen. Hätte es dort auch ein Entgegenkommen benötigt?
Bei der Acht-Tage-Regel hätte die Schweiz entgegenkommen können, ohne eine Reduktion des Lohnschut-zes in Kauf nehmen zu müssen. Neue, digitale Prozesse hätten die Nachteile durch die verkürzte Frist abfedern kö-nnen. Schwierig war effektiv das Thema Unionsbürgerrichtlinie. Da waren die Differenzen erheblich. Während der Sistierungsphase hätten beide Seiten

Zeit gehabt, hier konstruktive Ansätze zu entwickeln. Bundesrätin Viola Am-herd hat dazu eine erste Idee gesetzt.

Die Differenzen zwischen Bundes-rat und EU wären aber nicht vom Tisch.
Auch ohne Durchbruch ist eine kons-truktive Sistierung klüger als ein dest-ruktiver Abbruch. Der Bundesrat geht nun unnötige Risiken ein, aber es ist seine Verantwortung. Die Führung der

Ein profunder Kenner des Rahmenabkommens

Beni Würth verfolgte die sie-benjährige Debatte um das Rahmenabkommen von ver-schiedenster Warte aus: von 2017 bis 2020 als Präsident der Konferenz der Kantonsre-gierungen. Als Ständerat ge-hört er aber auch der Aussen-politischen Kommission an. Zu-dem pflegt der Vizepräsident des parlamentarischen Ausschus-ses der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) unter an-derem Beziehungen mit dem Europäischen Parlament. (wyf)

Aussenpolitik liegt bei ihm. Ich frage mich auch, wie man mit einem neuen Verhandlungsmandat zu einem besse-ren Ergebnis kommen will.

Weshalb?
Bis beidseitig neue Verhandlungsman-date auf dem Tisch liegen, braucht es lange Sondierungen, die Monate, wenn nicht Jahre dauern. Die Kombination aus dem Nein zum institutionellen Rahmenabkommen und dem Ja zum bilateralen Weg führt am Ende dazu, dass die offenen Differenzen von heu-te auch morgen wieder auf den Tisch kommen – zum Beispiel die Streit-schlichtung. Es gibt weit und breit kei-ne taugliche Alternative zum bilate-ralen Weg. Überdies hat das Volk mit dem Nein zur Begrenzungsinitiative diesen Weg klar bestätigt.

Die Tabula Rasa vom Bundesrat könnte nun aber einen Neubeginn ermöglichen.
Ein Neustart muss mit Inhalt gefüllt werden. Davon ist derzeit nichts zu se-hen. Der Bundesrat muss sehr rasch konkretisieren, wie er den bilateralen Weg aussenpolitisch stabilisieren will. Von einem aussenpolitischen Konzept oder Plan B kann heute nicht die Rede sein. Das ist ziemlich bedenklich.

Kritik an Aufhebung der Maskenpflicht für Oberstufe

Der Kantonale Lehrerinnen- und Lehrerverband kritisiert die Aufhebung der Maskenpflicht für Jugendliche an Oberstufen als «verfrüht».

Im Kanton St.Gallen soll die Masken-pflicht für Schülerinnen und Schü-ler auf der Sekundarstufe 1 auf En-de Mai aufgehoben werden. Der Kan-tonale Lehrerinnen- und Lehrerver-band (KLV) bezeichnet dies nicht nur als «verfrüht», er hält auch die gleich-zeitige Aufweichung der Quarantäne-regeln für «völlig unverständlich».

Das St. Galler Bildungsdepartement hatte am Mittwoch bekannt gegeben, dass Schülerinnen und Schüler der St.Galler Real- und Sekundarschulen ab Juni in der Schule keine Masken mehr tragen müssen (Ausgabe vom

Donnerstag). Bis Ende Mai werde die Mehrheit der Lehrpersonen über 50, die sich impfen lassen wollten, min-destens einmal geimpft sein, hiess es unter anderem in der Begründung.

«Risiko steigt»
Damit steige allerdings das Risiko, dass nach der geltenden Regelung Klassen in Quarantäne geschickt wer-den müssten.

Um Fernunterricht wenn immer möglich zu vermeiden, mache die Regierung von ihrer Kompetenz Gebrauch und erlaube die Fortführung

des Präsenzunterrichts auch bei einer positiven Testung von zwei oder mehr Personen einer Klasse.

«Längst nicht alle geimpft»
Für den Kantonalen Lehrerinnen- und Lehrerverband ist die Aufhebung der Maskenpflicht «ein voreiliger Schritt», wie es in einer Mitteilung auf der Web-site des Verbands heisst. Es sei nicht einzusehen, wieso Kinder und Ju-gendliche ab zwölf Jahren in öffentli-chen Gebäuden, im öffentlichen Ver-kehr oder in Läden nach wie vor Mas-ken tragen müssten, in der Schule aber



Bild Keystone

nicht. Es seien längst nicht alle Lehr-kräfte, die dies wollten, geimpft.

Die Maskenpflicht habe den Lehre-rinnen und Lehrern bisher eine gewis-se Sicherheit gegeben. Dass nun auf das erhöhte Risiko mit einer Senkung der Hürden für die Quarantäne re-agiert werde, «ist aus unserer Sicht völ-lig unverständlich», so der KLV. Es sei geradezu absurd, dass in allenfalls be-troffenen Klassen Lehrkräfte und auch Schülerinnen und Schüler privat in Quarantäne müssten, «sich aber zum Unterricht im Schulhaus einzufinden haben». (sda)